Antrag der Arbeitsgruppen Haushalt der Fraktionen SPD, DIE LINKE und Bündnis90/ Die Grünen

Haushaltsausschuss 17. Wahlperiode			
Ausschuss- drucksache:		2955	

23.03.2011

51. Sitzung des Haushaltsausschusses am 23. März 2011

Beschluss des Haushaltsausschusses zu TOP 11:

Vorlage des Bundesministeriums der Finanzen

Auswirkungen des Atom-Moratoriums der Bundesregierung auf die im Jahr 2010 übernommene Gewährleistung des Bundes für das brasilianische AKW Angra 3

Der Haushaltsausschuss möge beschließen:

- 1. Der Haushaltsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis
- 2. Der Haushaltsausschuss fordert die Bundesregierung im Zuge ihrer Neubewertung der Kernkrafttechnologie auf, auch hinsichtlich der Exportförderung die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen und:
 - die Grundsatzzusage für die Hermesbürgschaft für Angra 3 in Brasilien sofort zurückzuziehen,
 - die Hermes-Umweltleitlinien von 2001 umgehend wieder in Kraft zu setzen und damit wieder Nukleartechnologien von der Exportförderung auszuschließen.
 - die Atomverträge mit Brasilien durch eine Kooperation über erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu ersetzen

Begründung:

Mit der 17. Legislaturperiode hat die schwarz-gelbe Regierung die seit 2001 geltenden nationalen Hermes-Umweltleitlinien außer Kraft gesetzt und damit den Ausschluss der Exportförderung von Nukleartechnologien zum Neubau bzw. zur Umrüstung von Atomanlagen aufgehoben. Anfang 2010 hat die Bundesregierung die erste Bürgschaft für Atomexporte im Grundsatz zugesagt und sich bereit erklärt, die Beteiligung von Areva/Siemens am bereits begonnenen Bau des Reaktors Angra 3 im einzigen erdbebengefährdeten Gebiet Brasiliens mit Hermesbürgschaften abzusichern.

Atomkraft ist eine Technologie, deren Zerstörungskraft und Schaden für Mensch und Natur jenseits aller Vorstellungskraft liegt. Wer keine Kompromisse bei der Sicherheit machen will, darf Atomkraft nicht fördern. Die apokalyptische Situation in Japan verdeutlicht erneut die Dringlichkeit, so schnell wie möglich und endgültig aus der Atomtechnologie auszusteigen.

Eine Förderung der internationalen Nutzung und des Ausbaus der Atomtechnologie durch die Bundesrepublik Deutschland ist deshalb unverantwortlich und muss unverzüglich beendet werden. Ab sofort sind keine Hermesbürgschaften für Nukleartechnologien oder andere Technologien, die für den Bau von Atomkraftwerken bestimmt sind, mehr zu vergeben und damit auch die im Interministeriellen Ausschuss für Exportgarantien des Bundes vorliegenden Anträge auf Exportkreditgarantien für Zulieferungen für Atomanlagen bzw. den Export von Atomtechnologie abzulehnen.